

Bern, 07. September

BLS-CEO Guillelmon tritt nach EFK-Untersuchung zurück

Der Kaderverband des öffentlichen Verkehrs bedauert die Umstände, die zum Rücktritt von BLS-CEO Bernard Guillelmon führten. Es spricht für seine Integrität, dass er mit dem Rücktritt die Konsequenzen aus den Vorwürfen der EFK zieht. Die Prozesse gerade im regionalen Personenverkehr rund um Offertstellung, Leistungserbringung und Abrechnung sind immer komplexer geworden.

Wir begrüssen, dass der Kanton Bern als grösster Besteller -und Eigner! – der BLS hier Vereinfachung hineinbringen will und sind gespannt auf die Vorschläge und deren Umsetzung, die im Frühling 2021 bereitstehen sollen.

Der BLS-Chef Bernard Guillelmon tritt per Ende Oktober 2020 zurück. Damit zieht er die Konsequenzen aus der Affäre um zu viel bezogene Subventionen. Seine Nachfolge übernimmt interimistisch BLS-Cargo-Chef Dr. Dirk Stahl.



Am Tag nach der Publikation des Untersuchungsberichtes der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) gab Bernard Guillelmon seine Demission per Ende Oktober 2020 bekannt. Die EFK ortete Verbesserungsbedarf im komplexen Rechnungswesen und verlangt mehr Transparenz und Zuverlässigkeit in den Spartenrechnungen.

Im Februar war bekannt geworden, dass die BLS Verkäufe von Halbtax-Abos im Libero-Verbund über mehrere Jahre nicht budgetiert hatte. Dadurch erhielt das Unternehmen von Bund und Kantonen in der Folge zu hohe Abgeltungen für den Regionalen Personenverkehr.

Das Bahnunternehmen musste dem Bundesamt für Verkehr (BAV) 43,6 Millionen Franken an Subventionen zurückzahlen. Die BLS versprach in der Folge Verbesserungen und gab beim Beratungsunternehmen PwC eine externe Untersuchung in Auftrag.

Ein Jahr zuvor war die BLS wegen eines mangelhaften Zinsglättungsmodells in die Kritik geraten. Dabei ging es um zu hohe Abgeltungen in der Höhe von 29,4 Millionen Franken.

«Nichts Kriminelles, keine Bereicherung»

Vor den Medien betonte der BLS-Chef, dass sich an den zu viel erhaltenen Abgeltungen niemand bereichert habe: «Niemand hat etwas Kriminelles getan, und es gab keine versteckten Kassen.» Die EFK-Untersuchungen wie auch diejenige von PwC zeigten, dass die Gelder zweckbestimmt im öV geblieben seien.

Der Abgeltungsprozess sei hochkomplex, weil zwischen der Planung und der tatsächlichen Leistungserbringung mehrere Jahre lägen. Entsprechende Verbesserungen seien bereits eingeleitet worden, betonte auch Verwaltungsratspräsident Rudolf Stämpfli.

Vereinfachung des Bestellprozesses im RV

Dem stimmt die Berner Regierung zu. Sie hat angekündigt, den Bestellprozess im öffentlichen Verkehr vereinfachen zu wollen. Sie hat dazu eine externe Analyse in Auftrag gegeben.

Diese soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure durchleuchten und aufzeigen, wie der Bestell- und Planungsprozess vereinfacht werden könnte. Dies teilte die Berner Regierung am Freitag mit. Erste Ergebnisse sollen bis 2021 vorliegen.